

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags am Samstag. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3,00 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 18,00 M., für das übrige Ausland 21,00 M. Inland: Salva-Kaufschilling, per Brief für Deutschland und Österreich 30.- M. Expedition und Verlag: Berlin S. O. Breite Straße 24.

Die abgesetzten Konkrete-Kopie oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 2,20 M. netto pro Zeile. Berlin-Berichte in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4625, 4640, 4922

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wer wird Oberbürgermeister?

Die notwendige Einheitsfront

Der Rücktritt des bisherigen Oberbürgermeisters **Wernuth** nötigt die Stadtverordneten-Versammlung dazu, den Posten neu zu besetzen. Wir haben kürzlich dargelegt, daß durch die von den Neukommunisten betriebene Politik im Rathaus von einer geschlossenen sozialistischen Front nicht mehr geredet werden könne und daß deshalb die Situation für uns ungünstiger geworden ist. Die Neukommunisten wollen das nicht wahr haben und sie trompeten in ihrer „Internationale“ in die Welt hinaus, wir wollten uns von der Übernahme der Verantwortung drücken. Wir müßten wahr machen, was wir früher versprochen hätten und den Posten des Oberbürgermeisters unter allen Umständen übernehmen. Die Neukommunisten verschließen absichtlich die Augen vor den Tatsachen, daß auf eine solche unzuverlässige Gesellschaft, wie sie es sind, niemand bauen kann. Die Versicherungen, sie würden bereit sein, einem sozialistisch gerichteten Oberbürgermeister die Stimme zu geben, sind deshalb nur gering zu bewerten. Um aber einem sozialistisch gerichteten Magistrat und einem eben solchen Oberbürgermeister ein fruchtbares Arbeiten zu ermöglichen, ist die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit den Neukommunisten in Beziehungen getreten und hat vorgeschlagen, eine Arbeits- und Interessengemeinschaft zu bilden, von der die Neukommunisten bei der Stadtratwahl selber gesprochen haben. Der Vorschlag, den ein Mitglied unserer Fraktion unerbittlich den Neukommunisten übergab, wurde zu unserer Ueberraschung in der „Internationale“ mit den nötigen Anwürfen und Gegengründen gegen unsere Genossen veröffentlicht.

Der Vorschlag ging davon aus, daß es gelte, im Gegensatz zur bürgerlichen Majorität einen sozialistischen Magistrat und einen eben solchen Oberbürgermeister zu stützen. Die drei sozialistischen Fraktionen sollten sich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. Bei wichtigen Fragen oder auf Antrag einer Fraktion sollten die drei Fraktionen zu gemeinsamer Sitzung zusammentreten und durch einen Mehrheitsbeschluß ihre Haltung festlegen. Die Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung sollte dem Mehrheitsbeschluß entsprechend erfolgen. Die Neukommunisten haben erklärt, daß sie auf diesen Vorschlag nicht eingehen könnten, da sie sonst sich ausgeben wür-

den. Sie erklärten sich nur bereit, daß die Beauftragten der drei Parteien bei wichtigen Fragen zu Vorbesprechungen zusammentreten. Worbei dabei keine Uebereinstimmung erzielt, so habe jede Partei freie Hand. Mit diesem inhaltslosen Vorschlag läßt sich in der Praxis nichts anfangen. Die Neukommunisten haben den neuen Magistrat mitgewählt, aber im Ernstfalle überlassen sie ihn der Meute des Bürgertums, und das nennen sie dann proletarische Politik.

Die „Berliner Volkszeitung“, die sich mit der Sache beschäftigt, sieht die Dinge anders an. Sie warnt die S. P. D., weil diese sich einer Majorität der U. S. P. und der A. P. D. aussetzen würde. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß bei einem Zusammenschluß der drei sozialistischen Parteien eine Mehrheit vorhanden wäre, die Wahl des Oberbürgermeisters in sozialistischem Sinne zu entscheiden. Die Demokraten würden keine Schwierigkeiten machen. Eine andere Frage sei, ob er sich auf die Dauer behaupten könne.

Alleerdings würde Dr. **Wenl**, der voraussichtlich präsentiert würde, keine bürgerliche Stimme erhalten. Lebensfähig würde unter einer solchen Führung die Gemeinde nicht werden. Diese Ausführungen weisen geradezu mit Fingern darauf hin, daß die sozialistischen Fraktionen gegen das Bürgertum eine geschlossene Phalanx bilden müßten. Das beweist auch die Haltung der Rechtsparteien, von denen die „Deutsche Tageszeitung“ sagt:

„Die Rechtsparteien dürften sich auf jeden Fall abwartend verhalten und nicht gewillt sein, den Sozialisten die Verantwortung für die Leitung der sozialistischen Stadterwaltung abzunehmen. Ob es noch vor dem Zusammentritt des Wahlausschusses, der infolge der letzten Parteitage erst Anfang nächster Woche erfolgen wird, zu einer erzieherischen Fühlung zwischen den einzelnen Fraktionen kommen wird, bleibt abzuwarten. Klarheit über die Oberbürgermeisterfrage und etwa daraus sich ergebende weitere Verschiebungen im Magistrat dürfte erst im Wahlausschuss und während seiner Verhandlungen geschaffen werden.“

Soll aus dem Wahlausgang die rechte Lehre gezogen werden, dann bleibt nur eine Lösung übrig. Die sozialistischen Parteien müssen zu einer einheitlichen Stellungnahme kommen, um dann einen sozialistischen Oberbürgermeister zu wählen. Dazu gehört, daß die Kommunisten sich endlich besinnen, und eine Politik treiben, die zur Stärkung eines sozialistischen Magistrats führt.

Die Verankerung der Wohnungsnot

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Den Gemeindebehörden wurde bisher auf Antrag regelmäßig das Recht erteilt, aus Räume in Neubauten zur Unterbringung Wohnungsloser zu beschlagnehmen. Nach den gemachten Erfahrungen haben diese Befugnisse vielfach hemmend auf den Anreiz zur Herstellung neuer Wohnungen gewirkt. Der Reichsarbeitsminister hat daher bei den Landesregierungen angesetzt, anzuordnen, daß die auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes erlassenen Anordnungen auf Räume in Neubauten keine Anwendung finden sollen. Räume in Neubauten würden hiernach der Beschlagnahme nicht unterliegen.

Das Arbeitsministerium würde gut tun, statt die Neubauten der Beschlagnahme zu entziehen, auf den Bau von neuen Wohnungen hinzuwirken und alles verfügbare Material für diese Zwecke bereitstellen zu lassen. Die Kosten dafür können leicht aufgebracht werden. Man braucht nur der großen Versorgungsanstalt, genannt Reichswehr, einige Milliarden zu entziehen.

Ein durchsichtiges Wahlmanöver

Es trifft in Preußen

Auf der Tagesordnung des Hauptausschusses der Preussischen Landesversammlung vom Mittwoch stand die erste Beratung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz. In der Dienstagssitzung des Hauptausschusses hatte der Finanzminister **Lüdemann** eine Erklärung abgegeben, daß die Regierung mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Staatsfinanzen den Wunsch habe, daß das von der Landesversammlung vorgelegene Grundsteuergesetz gemeinsam mit dem Landessteuergesetz verabschiedet werde. Er wüßte deshalb, daß der Hauptausschuss die Beratung aussetze, bis das Grundsteuergesetz dem Ausschuss vom Plenum überwiesen worden sei.

Der Hauptausschuss beschloß, die Verhandlungen auszusetzen, damit die einzelnen Fraktionen zu der Erklärung des Finanzministers Stellung nehmen könnten. In der Mittwochssitzung gaben nun die Vertreter der gesamten bürgerlichen Fraktionen die Erklärung ab, daß sie trotz der Erklärung des Finanzministers in die sachliche Beratung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz eintreten werden. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionen erklärte, daß seine Partei die Frage prinzipiell entschieden wünsche, ob das Grundsteuergesetz gemeinsam mit dem Landessteuergesetz beraten werden solle. Darauf gab es eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in der

sich die bürgerlichen Parteien gegen eine von der sozialdemokratischen Fraktion gewünschte Entscheidung aussprachen. Der sozialdemokratische Antrag, die Beratung für das Landessteuergesetz zu vertagen, bis das Plenum des Hauses dem Hauptausschuss den Grundsteuergesetzesentwurf überwiesen hat, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Daraus gab die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie nach diesem Beschluß an der Mittwochberatung nicht weiter teilnehmen könne; die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion verließen den Saal.

Das Grundsteuergesetz soll die bebauten und unbebauten Grundstücke jährlich mit zwei Milliarden Mark belasten. Die U. S. P. D. hat sich gegen das Gesetz erklärt, weil die Grundsteuer tödlicher auf die Mieten abgewälzt und diese mindestens verdoppelt würde. Die bürgerlichen Parteien sabotieren jetzt die Beratungen, weil sie vor den preussischen Landtagswahlen die Verantwortung für das Gesetz nicht auf sich nehmen wollen. Nach den Wahlen werden sie dann um so eifriger für das Gesetz eintreten, weil sie ja wissen, daß es eine neue indirekte Steuer ist, die letzten Endes nicht die Besessenen, sondern die Besitzlosen aufzubringen haben.

Die Diktatur der Demokratie

Zum Rücktritt des Bremer Senats

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit.“) Bremen, 8. Dezember.

Der am 26. November in der Bürgerschaft eingebrachte Antrag der U. S. P., der dem Senat das Mißtrauen aussprach, hat diesen veranlaßt, am 7. Dezember zurückzutreten. Die bürgerlichen Fraktionen beantragten, sofort auf Grund der Verfassung einen Volksentscheid herbeizuführen, ob der Senat weiterbestehen soll oder nicht. Der Volksentscheid kann aber erst Mitte Januar stattfinden, und wenn er gegen den Senat ausfällt, kann erst Ende Februar die Neuwahl der Bürgerschaft vor sich gehen. Bis zu dieser Zeit bleibt der Senat, dank der von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten geschaffenen Verfassung, im Amt. Er kann also die Absicht der Bürgerschaftsmehrheit durchkreuzen, die die sofortige Auflösung der Stadtwahl als Schutzgarde der Reaktion gefordert hatte. Der Senat kann also bis März gegen die Mehrheit des souveränen Parlaments im Amt bleiben und die bewaffnete Einwohnerwehr am Leben erhalten. Die Diktatur der in der Verfassung verankerten bürgerlichen Demokratie tritt damit in Kleinletzte zutage.

Der Kommunistische Parteitag

Der Vereinigungs-Parteitag der Kommunistischen Partei und des von der Unabhängigen Sozialdemokratie abgespaltenen Flügels hat am Dienstagabend seinen Abschluß gefunden. In der kommunistischen Presse und auf dem Parteitage ist dieser Kongreß als Ereignis von ungeheurer geschichtlicher Tragweite gefeiert worden. Wer die Vorliebe der Kommunisten für löbliche Phrasen kennt, wird sich über diese Selbstbeweihräucherung nicht wundern. Um den wirklichen Wert der stattgefundenen Tagung festzustellen, wird man sich nicht an die mit Hilfe einer geschickten Regie zustandekommenen Sympathiekundgebungen und auch nicht an das neun Spalten lange schwüßige Manifest, das der Parteitag debattellen annahm, halten dürfen, sondern man wird aus den Debatten und Beschlüssen des Kongresses jenen realen Kern heraus-schälen müssen, der allein über den Wert oder Unwert des Parteitages entscheidet.

Schon der Auftakt des Kongresses war für seine innere Dürftigkeit charakteristisch. Als erster Punkt der Tagesordnung stand das Programm der Partei zur Debatte. Doch die Kongreßleitung wagte es nicht, den Programmentwurf, obwohl er gleichzeitig in einer kommunistischen Zeitschrift veröffentlicht wurde, dem Parteitag vorzulegen. Auf die Vorwürfe der Opposition bemerkte der Referent zur Programmfrage, **Paul Levi**, ärgerlich, daß die Ausarbeitung des Programms keine Angelegenheit sei, die man in achtstündigen Kommissionssitzungen erledige, um die so entstandene Arbeit dem Parteitag vorzulegen nach der einfachen Methode: **Fritz Vogel**, oder stirb! Uns dünkt, daß dies nur eine sehr billige Ausrede war, die die Tatsache verdecken soll, daß die vereinigten Kommunisten und Neukommunisten einfach nicht imstande waren, ein annehmbares Aktionsprogramm auszuarbeiten, das dem Parteitage hätte vorgelegt werden können. Statt dessen begnügte man sich, **Levi** und **Däumig** zwei programmatische Reden halten zu lassen, die der internationalen Lage und der Lage in Deutschland gewidmet waren. Wenn in den Ausführungen **Levi** der Kennzeichnung der internationalen Situation noch ein gewisser Schwung zu finden war, so war für **Däumigs** Referat nur die Ungeschicklichkeit charakteristisch, mit der er die kommunistische Parole der „Produktionskontrolle“ und der Bekämpfung der „Hilfsdingischen Sozialisierungspläne“ mühsam zu befolgen suchte.

Bei der Debatte über die Programmfrage kam der Unmut eines Teiles der kommunistischen Delegierten deutlich zum Ausdruck. **Ernst Meyer**, der bisherige Vertreter der A. P. D. im Moskauer Exekutivkomitee, kritisierte recht scharf die Tätigkeit der kommunistischen Reichstagsfraktion. Der Stuttgarter Delegierte **Rüd** erklärte, daß die Thesen der kommunistischen Internationale für das künftige Aktionsprogramm nicht genügen, da die Grundlagen für die Entwicklung in Rußland und in Deutschland nicht dieselben seien. Heftige Vorwürfe erhob der Delegierte **Mahlow**, dessen Ausführungen jedoch sowohl von der „Roten“ als auch von der „Internationalen“ unterschlagen wurden. Gegenüber den Angriffen der Opposition bekam **Levi** staatsmännische Anwandlungen. Er suchte die Haltung, die die sächsischen Kommunisten in der Frage der Parteigründung eingenommen haben, mit dem Hinweis auf die Erklärung der kommunistischen Zentrale während der Kapp-tage zu rechtfertigen, in der bekanntlich einer sozialistischen Regierung die „lokale Opposition“ der Kommunisten zugesagt wurde. Wir fürchten, daß **Paul Levi** wegen dieses Hinweises einen mächtigen Rüssel von **Sinowjew** erhalten wird, denn es ist noch in aller Erinnerung, mit welcher Heftigkeit die kommunistische Zentrale wegen ihrer März-Erklärung von **Karl Kadel** und seinen Freunden bekämpft worden ist.

Zeigte die Programmdebatte in diesem Punkte noch den leisen Versuch zur Andahnung einer selbständigen Taktik, die von den Verhältnissen in Deutschland diktiert wird, so bewegte sich das Referat **Thalheimers** über das Agrarprogramm vollkommen in dem Rahmen der Moskauer Richtlinien. Enthält das vorjährige Agrarprogramm der Kommunisten kein Wort über die Zuteilung von Land an die Kleinbauern, so wird jetzt, in Befolgung der Moskauer Leitlinie, den Kleinbauern die Aufstellung des „eingestauten Großgrundbesitzes“ in Aussicht gestellt. **Thalheimer** wies ausdrücklich darauf hin, daß die Frage der Landzuteilung in vielen Gebieten Süddeutschlands eine Rolle spiele. Und er suchte in recht ungeschickter Dialektik diesen Rückfall der Kommunisten in Kleinbäuerliche Bauernjahre damit zu rechtfertigen, daß die Agrarpolitik der Kommunisten grundverschieden sei von der der Rechtssozialisten. Diese suchten durch ihre Siedlungspolitik neue Kleinbauern zu schaffen, die Kommunisten jedoch wollten den bestehenden Kleinbauern, die nicht gleich zum Sozialismus übergehen können, durch Vergrößerung ihres Besitzes zu einer ausreichenden Existenz verhelfen. Als ob es nicht genau dasselbe ist, wenn durch Siedlungen neue Kleinbauern geschaffen oder durch Landzuteilung die Kleinbauern in eigentumsjuristische Mittelbauern verwandelt werden? Da war schon **Adolph Hoffmann** aufrichtiger, als er, unbedarft von jeder Kenntnis des Agrarproblems, in besonnener Tapferkeit ausrief: „Wir können den

Klein- und Mittelbauern nicht mit Marx'schen Theorien kommen, sondern wir müssen sie an ihrer Klassenlage paken. Selbst wenn wir die Kleinbauern erst noch durch Zuteilung von Land existenzfähig machen, bleibt uns genug Großgrundbesitz, auf dem wir uns bemühen können, sozialistisch zu wirtschaften. In der Tat! Woju braucht Adolph Hoffmann "Marx'sche Theorien", wo er jetzt, ausgerüstet mit den Moskauer Leitlinien, auf Bauernfang ausgehen kann!

Einen Anlauf zu einer selbständigen Behandlung des deutschen Revolutionsproblems hätte die Erörterung der Arbeitslosenfrage, über die Hedert referierte, bieten können. Was der Referent über die Not der Arbeiterklasse und die Zuspitzung der sozialen Gegensätze in Deutschland vorbrachte, war zwar nicht neu, aber immerhin recht wirkungsvoll. Vergebens jedoch suchte man in seinen weiteren Ausführungen ein positives Programm, eine Richtlinie für praktisches Handeln. Er sagte zwar ganz richtig, wenn eine Partei wachse, so wachse auch ihre Verantwortung und die Kritik allein genüge nicht mehr; es genüge auch nicht, daß man den Arbeitern immer wieder sage, stürze den Staat, denn Millionen Arbeiter hätten noch Angst vor der Diktatur des Proletariats. Uns nützten keine schönen Deklamationen, sondern wir müßten reale Forderungen aufstellen und für sie kämpfen. Diese realen Forderungen haben weder der Referent noch die Diskussionsredner formuliert. Hedert mußte sich vielmehr von Rüd, dem Schreckenskind des Kongresses, sagen lassen, daß der Parteitag sich im Kreise bewegt habe, ohne vorwärts zu kommen. Das stimmt nicht ganz, denn Hedert hat als einzige klar erkennbare Parole die Forderung aufgestellt, daß die Kommunisten sich mit den Arbeitslosen vereinigen müßten, um die "reaktionäre Gewerkschaftsbureaucratie" hinwegzustößen. Also: Stoßtrupp der Arbeitslosen gegen die Gewerkschaftsbeamten — das wurde als Mittel zur Lösung der Arbeitslosenfrage propagiert! Wie unverantwortlich und wie ärmlich zugleich.

Diese Parole Hederts leitet zu dem Hauptpunkt der Tagesordnung des kommunistischen Parteitages, zur Gewerkschaftsfrage über. Der Referent Brandier stellte die Behauptung auf, daß die 9 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, gerade durch ihre Bindung in den Gewerkschaften heute noch einen Passivposten in der Revolution darstellen. Aufgabe der Kommunisten sei es, diese 9 Millionen Arbeiter in einen Aktivposten der Revolution zu verwandeln. Wie das zu geschehen hat, hat Brandier allerdings nicht gezeigt. Schon seine Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften und der Entstehung der Idee der Arbeitsverweigerung ist eine haltlose künstliche Konstruktion, die jeder historischen und theoretischen Einsicht Hohn spricht. Als erfahrener Gewerkschaftler kennt er allerdings die Hemmnisse, die der legale Gewerkschaftskampf zu überwinden hat. Er kann aber zu ihrer Beseitigung nichts anderes vorbringen als Schimpereien über den "Sozialisierungsschwindel" und allgemeine Redensarten über die Notwendigkeit der "Produktionsfontäne". Wie sie jedoch geübt und welche Wirkungen zugunsten der Arbeiterklasse sie auszuüben vermag, kann er nicht sagen. Das einzige Konkrete ist seine auf Moskauer Befehl vorgenommene Attacke gegen die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale. Zu ihrer Diskreditierung muß zunächst die Fälschung herhalten, daß Compers und Appleton zu den Führern dieser Internationale gehören, obwohl Brandier sehr gut weiß, daß Compers sich vom Internationalen Gewerkschaftsbund fernhält, weil er ihm zu radikal ist, und daß Appleton seinen Vorsitz im Gewerkschaftsbund niedergelegt hat. Diese Fälschung kann nicht im geringsten die Tatsache verdunkeln, daß die "gelbe" Amsterdamer Internationale, gegen die die Kommunisten jetzt alle ihre Kräfte mobilisieren, noch neuerdings durch ihre Londoner Tagung bewiesen hat, daß sie alles weniger als ein Passivposten, sondern vielmehr ein mächtiger Aktivposten der proletarischen Revolution ist. Es entspricht vollkommen dem sektiererischen, parteierförmigen Charakter der Kommunisten, daß sie nun auch diese mächtige internationale Organisation — die einzige, die das Proletariat zur Zeit besitzt — zu zertrümmern suchen. Diesem Zweck dienen auch die Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner vor dem kommunistischen Parteitag, die in Ausführung der Moskauer Richtlinien die Bildung der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften empfehlen, deren unverwendbare Wirkung die Sprengung der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein muß.

Das also ist das Fazit des kommunistischen Parteitages: kein klares Aktionsprogramm, wie es beispielsweise unsere Partei auf dem Halle'schen Parteitag formuliert hat, sondern ein phrasenhaftes Hin- und Hergerede, bei dem jede positive Richtlinie fehlt: keine Mehrung der proletarischen Aktionskraft auf praktischem Arbeitsfelde, sondern Sabotage der immer stärker anschwellenden Bewegung für die Sozialisierung; keine Stärkung der organisatorischen Schlagkraft des Proletariats, sondern Unterhöhlung dieser Schlagkraft durch Sprengung der Gewerkschaften und durch verstärkten Kampf gegen die unabhängige Sozialdemokratie.

Wer die Elemente kennt, die an der Spitze der jetzt vereinigten Alt- und Neukommunisten stehen, konnte kein anderes Ergebnis des kommunistischen Parteitages voraussehen. Auf diese Elemente paßt, was Brandier in plötzlicher Selbsterkennnis auf dem Parteitag sagte:

"Wenn wir praktische Arbeit leisten, werden wir fähig sein, die Bureaucratie (in den Gewerkschaften) hinauszumerfen; wenn wir uns beschränken auf Schimpereien, werden wir hinausgeworfen werden von der Bureaucratie."

Wir hoffen und glauben, daß nicht die Gewerkschaftsbureaucratie, sondern die Arbeiterklasse selbst recht bald jene Elemente "hinauswerfen" wird, die durch ihren Parteitag bewiesen haben, daß ihre einzige positive Leistung in "Schimpereien" besteht.

Krisis in der russischen R.P.

Wertvolle Eingeständnisse von berufener Seite

In Rußland haben in der letzten Zeit wieder große Auseinandersetzungen über die Krisis in der kommunistischen Partei stattgefunden. Der Vorsitzende des obersten Wirtschaftsrates, Rykow, stellte eine große Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Sowjetmacht fest und bezeichnete den Hunger als die Ursache der Mißstimmung. Auf der Bezirkskonferenz der kommunistischen Partei in Moskau sprach Rykow von den scharfen Gegensätzen zwischen den oberen und unteren Schichten der kommunistischen Partei. Er sagte:

"Die Massen sind mit den Kommunisten unzufrieden, und zwar deshalb, weil es keinem Kommunisten je gelungen wird, dem Arbeiter weis zu machen, daß er hungern, seine Kleidung für die Front opfern und selbst ohne Stiefel am Marstinsolen stehen müsse. Hier liegt die Ursache der Zerstückelung der Massen. Wir haben zu viele Kommunisten an die verschiedenen Fronten entsandt, und daher gibt es große Verschiebe, in denen

kein einziger Kommunist vorhanden ist. An diesen Orten muß von vorn angefangen werden. Wir haben uns strategisch geirrt, sind aber in politischer Hinsicht schwächer geworden. Die Aufgaben für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die vom neunten Kongreß der kommunistischen Partei gestellt worden sind, sind nicht durchgeführt worden, und zwar nicht nur, weil keine Zeit dazu vorhanden war, sondern der Grund ist in gewissen negativen Erscheinungen zu suchen. Vor allem im Diebstahl: es fehlt die Disziplinierung, es fehlt das Fabrikmoral, und der Vertreter der Arbeiter- und Bauerninspektion erhebt von ihnen eine Abgabe von 8 Proz., leidet von diesen Einnahmen und wittert ihnen das falsche Dokument (darunter fanden sich auch Kommunisten, wie dies in Petersburg auf der Fabrik "Zreugolnik" der Fall war)."

Den überhandnehmenden bürokratischen Schändrian erklärt Rykow durch den Mangel an Lebensmitteln, der zur Folge habe, daß die entsprechenden Gesetze von einer Justiz in die andere wandern. Ich habe in meinem Sekretariat — berichtet Rykow — drei Ohnmachtsanfälle infolge Unterernährung mit eigenen Augen gesehen. Zur Ausmerzung des Bürokratismus und der Verbrechen ist es notwendig, den Leuten die Möglichkeit zum Leben zu geben, denn wir können sie mit 3000 Rubeln leben, ohne zu kochen. Der Erfolg unseres Kampfes hängt nicht von Verhaftungen ab, sondern von der Sicherstellung der materiellen Lage und von der Verbesserung des Beamtenstandes."

Auch Trozky äußert sich zu den Verfallserscheinungen. Er bespricht in der "Krasnaja Gazeta" und der "Ekonomicheskaja Schiza" die Schädlichkeit der von ihm "Zentrotariat" genannten Willkürherrschaft der zahlreichen wirtschaftlichen Zentralstellen und bringt darauf, daß die Direktiven des Arbeits- und Verteidigungsrates allein entscheidend sein müssen. Die "Krasnaja Gazeta" teilt Einzelheiten über die Moskauer Bezirkskonferenz der kommunistischen Partei mit und berichtet unter Bezugnahme auf Äußerungen Rykows über heftige Meinungsverschiedenheiten unter den Kommunisten. Die einander beschuldenden Gruppen hätten in getrennten Zimmern getagt; jede Gruppe hätte die Verantwortung für die Beschlüsse der anderen Gruppe abgelehnt.

Im Zusammenhang damit ist der Hinweis wichtig, daß bei den Wahlen für die Petersburger Arbeiter- und Bauerninspektion bisher 38 Parteiloze und nur 20 Kommunisten gewählt worden sind. Außer der städtischen Straßenbahn, den Pulverfabriken und dem Elektrizitätswerk sind noch vom Wohnungsamt, der Fabrik "Bega" und von sechs Zofisfabriken ausschließlich Parteiloze gewählt worden.

Was belegen aber die Feststellungen Rykows über die Schäden und Mängel des russischen Sowjetregimes? Durchaus nichts Neues! Sie bestätigen und ergänzen lediglich das, was Dittmann und später Martow und Abramowitsch über die Zustände in Rußland gesagt haben und wofür sie von der kommunistischen Presse beschimpft worden sind.

Die Brüsseler Konferenz

Die deutschen Sachverständigen

Berlin, 8. Dezember. (Amilich.)

Das Reichskabinett hat sich heute mit den Vorarbeiten für die Brüsseler Sachverständigen-Konferenz beschäftigt und dabei die Voraussetzungen erörtert, unter denen die Entsendung von deutschen Sachverständigen erfolgen würde. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Annahme der Einladung würde die sein, daß die Verhandlungen der Sachverständigen in Brüssel nur als Vorarbeit für die in Aussicht gestellte Konferenz bevollmächtigter Regierungsvertreter in Genf zu gelten haben würde.

In einer Note an die französische Regierung wird erklärt, daß die deutsche Regierung die Herren Staatssekretäre Bergmann und Karl Friedrich von Siemens als ihre Delegierten zu der Zusammenkunft in Brüssel entsenden wird. Die Regierung gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Brüssel an der Konferenz, die in der Schlußhälfte der Konferenz in Spa zur Prüfung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge vereinbart ist, nichts geändert wird.

Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Aufforderung ergehen lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Boegler, Reichsbankpräsident Havenstein, Dr. Carl Meißner, Direktor von Stauch, bayerischer Staatsrat von Meinel, Geheimrat Oberregierungsrat von Flotow, Professor Bonn sowie ein Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Die Sozialisierungskomödie in Essen

Eine Verhöhnung der Arbeiterschaft

Die groteske Komödie der Verständigung über die Sozialisierung, die von jener mehrfach erwähnten 14er-Kommission in Essen aufgeführt wird, endet allmählich in eine Verhöhnung der auf die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wartenden Arbeiterschaft aus. Es wird jetzt berichtet, daß die Verhandlungen dieser Kommission "vorläufig auf vier Wochen vertagt" worden sind, weil eine einheitliche Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen nicht möglich war. Die Anträge, heißt es in der Meldung, scheiterten bald an dem Widerspruch der "Arbeitgeber", bald an dem der "Arbeitnehmer". Es tritt also ein, was eintreten mußte, was ein Kind voraussehen vermochte. Nunmehr liegt ein neuer Antrag zur Beratung vor. Es handelt sich um den von uns ebenfalls bereits erwähnten Vorschlag einer Anwendung des Lehnrechts im Bergbau. Jedermann hatte vorgeschlagen, die Bodenschätze in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen, die Ausbeutung der Grube aber dem Unternehmer gegen Pachtzins zu überlassen. Der neue Antrag will an die Stelle dieses Pachtverhältnisses ein Lehnverhältnis, also die Übertragung eines dauernden Ausbeutungsrechts an den Unternehmer setzen. Um daß Maß der Rücksichtlichkeit voll zu machen, behauptet die Meldung, daß "der neue Antrag eine ruhigere Entwicklung des Bergbaues" gewährleisten würde. Woraus wohl zu schließen ist, daß die Veranlasser dieser Meldung, anscheinend die Männer der 14er-Kommission selbst, diesen ganzen von ihnen ausgearbeiteten Unsinn sogar ernst nehmen. Um weiter zu brüten, vertagen sie sich nun auf vier Wochen und verschleppen somit die ganze Angelegenheit ins Endlose. Der Urheber des neuen Antrages wird bisher geheim gehalten. Wir sind zwar nicht neugierig, aber wir würden doch gern erfahren, aus wessen Hirn dieses seltsame Produkt stammt.

Aber gegen diesen Unfug muß eingeschritten werden. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Reichswirtschaftsrat wie im Reichshilfsrat haben die Pflicht, ihre in diese Kommission entsandten Vertreter sofort zurückzuziehen und das ganze Theater damit in die Luft zu sprengen. Weiter ist notwendig, daß die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften durch einen einmütigen Schritt gemeinsam mit den proletarischen Parteien der Regierung sowohl wie den führenden Parteien im Reichswirtschaftsrat und Reich-

shilfsrat klarmachen, daß die Arbeiterschaft es ablehnt, länger durch ein derartiges Treiben an der Nase herumzuführen zu lassen. Und auch andere Mittel müssen endlich zur Anwendung kommen, um die Aktion für die Sozialisierung in Gang zu bringen.

Im Fahrwasser Ludendorffs

Der "Vorwärts" hat in seiner Montag-Ausgabe den Austritt Argentiniens aus dem Völkerbund dazu benutzt, die deutsche nationale Legende aufzuwärmen, das deutsche Heer habe infolge einer feindlichen "List" die Waffen gestreckt. Wir hielten diese Auffassung für eine nationalstille Entgeißelung, befanden uns aber damit im Irrtum. Denn der "Vorwärts" läßt in seiner gestrigen Abendausgabe einen neuen Artikel los und vertritt darin die nationalstille Phrase, wobei er allerdings behauptet, er habe damit nur eine Anspielung auf das Wilson-Programm machen wollen.

Die Sachlage wird dadurch nur verschlimmert. Denn ob Deutschland auf einen Wilson-Frieden oder auf einen Frieden Clemenceaus wartete, das war im Herbst 1918 völlig gleichgültig. Das deutsche Heer hatte durch die Schuld seiner Generäle eine in der Weltgeschichte beispiellos dastehende Niederlage erlitten. Selbst wenn die 14 Punkte Wilsons niemals existiert hätten, wenn die Entente schon im November 1918 bei der deutschen Waffenstreckung den Frieden von Versailles fix und fertig vorgelegt hätte, selbst dann hätten wir diesen Frieden bedingungslos annehmen müssen, weil auch ohne den Ausbruch der deutschen Revolution jedes Weiterkämpfen völlig aussichtslos war. Eine Fortsetzung des Kampfes hätte die Lage Deutschlands nur verschlimmert und uns einen noch viel härteren Frieden gebracht, von den neuen Verlusten an Geld, Gut und Menschenleben ganz zu schweigen. Und gerade deshalb sollten wir uns auch später, im Gegensatz zu den Rechtssozialisten, für die Unterzeichnung des Friedensvertrags ein, weil für Deutschland ein anderer Ausweg einfach nicht offen stand.

Wenn der "Vorwärts" uns bei dieser Gelegenheit noch eine Moralpredigt halten möchte, wie wir den Kampf gegen die Reaktion zu führen haben, so soll ihm gesagt sein, daß wir derartige Belehrungen ablehnen. Wir haben den Kampf gegen die Reaktion schon zu einer Zeit geführt, als der "Vorwärts" und die Rechtssozialisten mit der Reaktion noch innig verbunden waren. Wir brauchen nur an die Koskopolitik zu erinnern, die der "Vorwärts" bis zum Märzputsch mit Rügeln und Zähnen verteidigte und für die er auch heute noch seine Entschuldigungen gen hat.

Die Lage in Ungarn

III. Budapest, 8. Dezember.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß so bald als möglich ein parlamentarischer Ausschuß eingeleitet werden wird, der eine Verfassungsrevision mit einem neuen Wahlrecht ausarbeiten hätte. Die nächste Nationalversammlung, die aus den Neuwahlen hervorgehen wird, würde dann die Königstafel zu lösen haben. — Der Widerstand der Ententemächte gegen Herzog U in künftigen Wahlen begriffen. Es wird jetzt eine Persönlichkeitsfrage, die durch die Verbindung mit der Miklóspartei nicht kompromittiert ist. Engländer und Franzosen setzen sich insbesondere für den Grafen Apponyi als Reichsverweser ein, während die Italiener den Grafen Jozsef in dem Vordergrund schieben. Sie tun dies in der Voraussetzung, daß er kein Interesse an den übrigen Ländern der Monarchie habe, während der frühere König Karl sicherlich nach einer Wiederherstellung seines alten Reiches streben würde.

Streik der österreichischen Staatsbeamten

III. Wien, 8. Dezember.

Der Streik der österreichischen Staatsbeamten erstreckt sich bisher nur auf einige Beamtenkategorien. Immerhin stehen schon nahezu 2000 Beamte im Streik, eine weitere Ausbreitung wird erstlich befürchtet. Sehr zur Verklärung der Streiklage werden offenbar die in den letzten Tagen bei der Polizei, der Landesregierung und in den Staatsämtern vorgenommenen Massenpensionierungen innerhalb der Beamenschaft beitragen. Die große Notlage der österreichischen Beamten zwingt diese vielfach, als letzte Rettung zur Auswanderung ins Ausland ihre Zuflucht zu nehmen. Holland hat bereits eine Vereinskasse erklärt, 3000 österreichische Staatsbeamte, vorwiegend Beamte der Eisenbahnverwaltung für den Eisenbahndienst in den holländischen Kolonien zu übernehmen. Dergleichen haben Brasilien und Argentinien an die österreichische Regierung die Mitteilung gelangen lassen, daß sie gern etwa 3000 entlassene österreichische Staatsbeamte zu Zwecken kolonialer Siedlung übernehmen und ausbilden lassen wollen. Es darf angenommen werden, daß ein großer Teil der österreichischen Beamten aus diesen Anerbietungen des Auslandes Gebrauch machen und auswandern wird.

Explosionsunglück in Höchst

III. Frankfurt a. M., 8. Dezember.

Im Benachbarten Höchst am Main erfolgte heute nachmittags um 5 bis 6 Uhr noch nicht aufgeklärten Ursachen in einem Spezialbetrieb der Höchstler Farbwerke eine folgenschwere Explosion. Fünf Arbeiter fanden dabei sofort den Tod, sechs wurden verletzt. Die Anlagen der von dem Betriebsunfall betroffenen Teile des Werkes erlitten schwere Beschädigungen, doch ist die Gesamtproduktion des Unternehmens dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Ein mehrere Tausend schweres Sprengstück wurde durch die Gewalt der Explosion bis auf das Bahngelände der Staatsbahn geschleudert und beschädigte einen Teil des in der Nähe liegenden Güterbahnhofes. Der Betrieb kann aber aufrechterhalten werden.

Eine heikle Geschichte. Eine von dem Abgeordneten Martin Barts in der französischen Kammer eingebrachte Interpellation wünscht Aufklärung über den Verbleib des von Frankreich zur Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet bewilligten Geldes. Die Interpellation soll gemeinsam mit denen über die auswärtige Politik am 17. Dezember beraten werden.

Sozialisierungspolitik in Tschechien. Abgeordneter Genoff Bohi (deutscher Sozialdemokrat), hat in der tschechischen Nationalversammlung folgenden Antrag eingebracht: "Die Regierung wird aufgefordert, ein Gesetz über die Sozialisierung des Bergbaues auszuarbeiten und den Sechensmonat binnen zwei Monaten der Nationalversammlung vorzulegen."

Das rüstländige Deutschland. Das tschechoslowakische Finanzministerium bereitet ein Gesetz vor, wonach das Reichsgrünzminimum von 4500 auf 6000 Kronen erhöht werden soll. In Deutschland ist das Reichsgrünzminimum auf 1500 Reichsmark festgesetzt. Und auch dieser Betrag kann noch zur Kommunalverwaltung herangezogen werden.

Der andere Umlerner

Wilhelm Schumacher als Antifolkschweizer

Wir hatten jüngst das Vergnügen, der Welt die Wandlungsfähigkeit Oskar Kufs, deren Tempo sich beschleunigt, je weiter die Rutschbahn nach links abgleitet, durch einen Moskauer Briefdokumentarisch nachzuweisen. Damit sein Gefinnungskompagnon Schumacher, auch ein hilflos im Winde schwankeendes Rohr, nicht wegen ungleicher Behandlung neidvoll erbleichen möge, wollen wir heute seine brieflich niedergelegten russischen Erfahrungen am Licht der Mitwelt bringen. Schumacher schrieb am 8. September an seine Freunde vom Schneidervorband einen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

Kun sitzen wir seit dem 3. September in Moskau... Man führt den Regierungssitz. Das Leben auf den Straßen ist sehr teig und lebhaft. Die Läden sind geschlossen, jedoch ist der Handel mit Obst frei. 1 Pfund Blaumen 1200 Rubel, 1 Pfund Birnen 900 Rubel, 1 Pfund Äpfel 700 Rubel. Es ist also etwas billiger als in Petersburg. Hier kann man wenigstens eine Dreiviertelstunde vom Bahnhof ins Hotel - 10 Minuten - 5000 Rubel. Straßenbahn ständig überfüllt und in sehr schlechtem Zustand, die Gleise ausgefahren, reparierte Wagen auch sehr selten wie in Petersburg... Es herrscht schwerer Wohnungsnot, fast alle Hotels sind zu Büreaus umgewandelt, man staunt über die Menge von Büreaus, bald sind es die viele als Kirchen. Davon soll im Jahr 1900 geben. Ueberhaupt ist in Rußland alles riesig... Die Höhe, die Straßenbreite, die Häuser, die Dachrinnen, die Pläne, die Löcher im Straßenpflaster, das Elend, der Hunger, die Ideale, der Stumpf sinn nimmt alles gefangen. Völlig ist man hier auch nicht immer. Bestellt man sich um 8 Uhr, dann kommt man sicher um 11 Uhr. Man hat Zeit, sehr viel Zeit... Stelle einen deutschen Arbeiter in russische Betriebe hinein, dann geht er sich heraus, daß er sich nicht wohl fühlt, weil er eben gewöhnt ist, sehr fleißig zu sein. Hierzu kommt noch das verwerfliche Erziehungs-system. Jetzt befindet sich Rußland in einer sehr kritischen Krise. Es wird diesen Winter wohl zu entscheiden haben, ob es sich in diesem Zustande aufrechterhalten kann...

Wenn schon bei der Arbeitseinstellung, Verteilung und Anverteilung alles schwerfällig, so ist es bei der Warenverteilung nach Aussage aller Befragten einfach schrecklich. Vor den Lebensmittel-Verteilungstellen stehen die Menschen viele Stunden an, die Beschaffung eines Butes ist eine Herkulesarbeit so in allen Dingen. Was hier fehlt, ist eine einfache und bewährte Organisation. Sonst geht die Idee rettungslos in Verumpfung über. Ein weiterer Fehler ist, es wird zuviel politisiert und zuwenig gearbeitet. In einem sozialistischen Staat muß es nach meiner Meinung umgekehrt sein. Nicht die Politiker werden die Welt neu bauen, sondern die Volkswirtschaftlichen müssen die Weiser sein. Auch bei unseren Berechnungen mit den Gewerkschaften merken wir das. Man hört stundenlange Reden für Politik und viel zu kurze Reden über die Wirtschaft.

Etwas Interessantes haben wir festgestellt. Nach der Revolution sagte man die Angehörigen aus den Adressen frei und arbeitete allein, und siehe da, es ging nicht. Nun sieht die Gewerkschaft im Einvernehmen mit der betreffenden Regierungswirtschaft die Fabrikkomitees ein. Allerdings auf 6 Monate. Dabei sollen die Arbeiter des Betriebes nichts mehr zu sagen. Wohl können sie sich beschweren. Der Erfolg ist aber gering. Die Fabrikkomitees haben sehr viel von ihrem Recht abgeben müssen, weil eben gearbeitet werden muß. Die Diktatur richtet sich nicht gegen die Arbeiter und muß es; um die Arbeit produktiv zu gestalten, hat man neben dem Lohn Prämien eingeführt. Ich habe bis 450 Prozent festgestellt. Auch bestehen Ministerialbefehle. Auch wir werden im sozialistischen Deutschland manches einführen, was wir jetzt bekämpfen. Hier sind wir zu, und doch wird nirgends mehr gehoben als in Moskau.

Das also muß man erleben, um gläubiger Nachbeter kommunistischer Diktate zu werden. Aber - man wird es merklich empfinden, nicht sofort, nicht unter dem unmittelbaren Eindruck der Dinge, sondern erst nach einer gewissen Zeit, in der der mit dem Bazillus behaftete anscheinend einen Krisenzustand durchläuft. In welchen Seelen der Bazillus einen besonders günstigen Boden findet oder - womit seinem Gedeihen nachgeholfen wird, diese Frage zu lösen ist eine Aufgabe für Psychiater. Jedenfalls beweisen die Schlussteile des Briefes, in denen Schumacher auf den Moskauer Kongress und auf die Anschlußbedingungen in Rußland für unsere Partei zu sprechen kommt, daß der erste Eindruck auch bei ihm andere Wirkungen ausgelöst hat, als sie sich heute zeigen. Schumacher schrieb damals:

Du wirst wohl erfahren haben, welche Bedingungen der U. S. V. D. für ihren Eintritt gestellt wurden. Hauptbedingungen sind: Namensänderung: A. V. D. Bezeichnung des Zentralvorstandes und der Redaktionen mit A. V. D. Dann dürfen wir uns einschließen.

Himmelskrach, ich gehe nicht nach Kenosha.

Dann hat man auch eine gewerkschaftliche Internationale geschaffen. Die deutschen Syndikatsisten sind schon angeklungen. Das wird schöne Anselndersehungen geben.

Lieber Wila, lese Dich um Gotteswillen nicht fest, wartet, bis wir zurückkommen. Wir werden bis zum 14. November wieder da sein und bis dahin ganz klar sehen, wie es hier steht, und unsere Erfahrungen mitteilen können. Seid besonders vorsichtig in der Auswanderungsfrage. Sprich auch über die Anknüpfung mit Sabat und lege den Brief der Ortsverwaltung vor, aber keine Veröffentlichungen. Wir hatten hier schon, allerdings inoffiziell, einige Zusammenkünfte mit allerlei Leuten... Gezeichnet: W. Schumacher. Vergänglich sucht man in diesem Brief nach einem Wort zugunsten Sowjetrußlands. Nur gelegentlich wird erwähnt, daß die Pläne, die man aufstellt, gut sind. Und diese guten Pläne scheinen nachträglich doch eine so beständige Wirkung ausgelöst zu haben, daß der Drang zum Anschluß an die politischen Planemacher und Parolenkünstler unübersteiglich wurde. Wir aber wünschen Schumacher und seinen neuen Freunden gegenseitig Glück zueinander.

Die Orgesch im Dienste der Rechtsparteien

Die „Münchener Post“ hat leithin an E. Scherich die Frage gerichtet, ob ein Rundschreiben der Orgesch ergangen sei, das zu den preußischen Landtagswahlen Stellung nimmt. In dem Schreiben wurde ausgeführt, daß die Organisation E. Scherich an den Wahlen das größte Interesse habe:

1. weil sie in der jetzigen preußischen Regierung eine reine Parteiregierung sieht, in der die sozialistische Partei unumschränkt herrscht;

2. weil die jetzige preußische, unter dem sozialistischen Parteieinfluß stehende Regierung die Organisation E. Scherich mit ungesäglichen Mitteln zu bekämpfen sucht und daher die Organisation alles Interesse daran hat, daß durch eine baldige Neuwahl eine andere Regierung ans Ruder kommt.

Dieses Rundschreiben ist, wie die „Neue Berliner Mittagszeitung“ schreibt, tatsächlich ergangen. Und zwar als „vertrauliches Schreiben“ vom Zweigbureau der Orgesch, Berlin. Die Orgesch wird in diesem Schreiben für das Zustandekommen einer „Rechtsgerichtlichen“ Regierung. Sie tritt damit aus der „Rechtsgerichtlichen“ Reserve heraus, zeigt, daß sie nicht über den Parteien steht, sondern sich als Stützpunkt der Monarchisten betrachtet, von deren Sieg bei den Provinzwahlen sie sich bessere

Zeiten verspricht. Und die werden kommen, wenn das Proletariat den Orgeschbänden nicht einen kräftigen Strich durch die Rechnung zieht.

Ein starker Mann

Der Rechtssozialist Ulrich Kauscher hat in Cassel eine Rede gehalten, über die der „Vorwärts“ berichtet:

„Er forderte scharfen Kampf gegen die Reaktion mit allen uns zur Verfügung stehenden Waffen und lehrte den Eintritt in die Regierung auf Grund von Scheinsektionen ab. Nur eine Reform in den Grundgesetzen, als welche er gründliche Reform der Justiz, der Verwaltung, der Reichswehr und die Sozialisierung der Boden-schätze nannte, käme in Frage. Kommen wir zur Regierung, so läßt Kauscher, dann müssen wir den unbedingten Willen zur Macht haben, denn den werden wir nötig haben im Kampfe um die Sozialisierung. Es wäre lächerlich zu glauben, das Bürger-tum werde unter dem Gewicht unserer Gründe und um des lieben Friedens willen freiwillig abtreten. Sozialisierung bedeutet Kampf, Kampf auf der ganzen Linie, Kampf bis aufs Messer. Wir kämpfen um den Bestand der deutschen Republik, denn nur die Republik ist der Boden, auf dem der Sozialismus gedeihen kann. Glaube nicht an einen leichten Sieg, der Kampf wird schwer und hart sein, wird Opfer über Opfer kosten, aber wenn wir in den Kampf gehen mit dem festen Willen, ihn zu bestehen, dann kann es nicht anders kommen, er wird enden mit dem unbegleitigen Siege des Proletariats.“

Die Erkenntnis, daß das Proletariat nur durch Kampf zum Sieg kommen kann, ist Herrn Ulrich Kauscher reichlich Spaß ergangen. Hätten ihn die Rechtssozialisten schon zu einer Zeit erfüllt, als sie noch in der Regierung saßen, dann wäre der Arbeiterkampf nicht eine Nachposition nach der anderen entfallen worden, dann sähe heute die Reaktion nicht so fest in dem Sattel.

Der Kampf der Beamten

Das Parlament hat das Wort

Der Stand der Bewegung - das Parlament hat das Wort

Die Kundgebung der Regierung über das Streikrecht der Beamten findet, wie vorauszu sehen war, die Zustimmung der gesamten Presse. Die meisten Blätter halten es für überflüssig, der Kundgebung der Regierung ihrerseits noch etwas hinzuzufügen. Sie sind befriedigt, daß die gestern von uns gekennzeichnete Pressehefte gegen das Streikrecht der Beamten durch die Haltung der Regierung Praxis zu werden verspricht. Auch der „Vorwärts“ schweigt, und man ist im Zweifel, ob dieser reaktionäre Streich der Regierungen ihn sprachlos gemacht hat, oder ob seine engen Beziehungen zur preussischen Staatsregierung, die an der Aktion gegen die Beamten beteiligt ist, ihm das Reden verbietet. Kurz, außer uns gibt es kein Presseorgan, das bereit wäre, das Streikrecht für die Beamten zu verteidigen.

Dagegen ist die Presse bemüht, Unruhe und Unklarheit in die Reihen der Staatsbediensteten zu tragen durch die Ausbreitung von allerlei Gerüchten über innere Gegensätze. Die B. S.-Korrespondenz gibt sich dazu her, in langen Darstellungen von einer Hege der Kommunisten und Revolutionären gegen den Vorstand des „Deutschen Eisenbahnerverbandes“ zu erzählen. Die Gegensätze sollen bereits so weit gediehen sein, daß eine Spaltung innerhalb des Verbandes bevorsteht. Das Ziel der Kommunisten und Syndikatsisten soll der sofortige Streik der Werksstätten und Streckenarbeiter sein. Von alledem kann natürlich nicht die Rede sein. Alle diese Behauptungen verfolgen nur den längst bekannten Zweck, im Falle eines Eisenbahnerstreiks die Öffentlichkeit glauben zu machen, die Bewegung sei kommunistischen Ursprungs und verfolgse Ziele, die außerhalb der Absichten der Gewerkschaftsorganisation liegen. Es ist anzunehmen, daß es auch innerhalb des Eisenbahnerverbandes sogenannte kommunistische Zellen gibt, aber es ist nicht wahr, daß sie einen nennenswerten Einfluß haben. Kechnische Zwecke verfolgt der Versuch, Beamte und Arbeiter voneinander zu trennen. Gegen den Deutschen Eisenbahnerverband werden Verdächtigungen ausgeföhrt, die den Eindruck der Arbeiter zum Nachteil der Beamten und Bediene sich der Beamtenschaft nur, um die Arbeiterforderungen zu föhren. Es hat sogar den Anschein, als ob die im bürgerlichen Lager stehenden Eisenbahnerorganisationen diesen Verdächtigungen der Presse nicht ganz fernstehen. Das Fehlen einer Einheitsorganisation macht sich also zweifellos fühlbar.

Der Deutsche Beamtenbund lenkt ein. Er läßt durch die bürgerliche Presse die Mitteilung in die Welt gehen, daß seine Leitung eine Verständigung erwarte. Sollte in der heutigen Reichstags-sitzung die Regierungsvorlage angenommen werden oder sollten auch nur Änderungen in der Gesetzesvorlage stattfinden, von denen der Deutsche Beamtenbund glaubt, daß sie die Wünsche der Beamtenchaft nicht befriedigen können, so wird eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des Beamtenbundes darüber erfolgen, welche neuen Maßnahmen zur Erreichung der gestellten Forderungen ergreifen werden sollen. Der Deutsche Beamtenbund versichert ferner, wenn man diesen Pressäußerungen Glauben schenken darf, daß es ihm fernliege, durch radikale Maßnahmen die Erfüllung seiner Forderungen zu erzwingen. Es komme ihm nur darauf an, in gewissen Punkten den Wünschen der Beamtenchaft zu entsprechen, um ihrer Radikalisierung vorzubeugen und um sie weiter - einheitlich leiten zu können.

Eine Äußerung des Beamtenbundes zu der nunmehr prinzipiell gestellten Frage des Streikrechts der Beamten vermissen wir in allen diesen Äußerungen. Wir hätten erwartet, daß der Beamtenbund seinen Mitgliedern zeigt, daß er eine Anknüpfung des Streikrechts der Beamten nicht gestattet wird. Aber es hat den Anschein, als ob die Führer des Beamtenbundes mit den Regierungsparteien viel zu innig verbunden sind, als daß sie es wagen könnten, gegen diese einmütige Angriffsfront gegen die Beamten aufzutreten. Die Beamtenchaft wird sich zunächst selbst mit diesem Verhalten ihrer Führung zu beschäftigen haben. Auch wir hoffen eine Verständigung über die Lohnforderungen für notwendig, und wir haben sie längst gefordert. Dennoch darf der Deutsche Beamtenbund nicht die Forderung der Regierung mit der Entziehung des Streikrechts zurückweichen, wenn er nicht ein für allemal alle Achtung und jeden Einfluß verlieren will.

Inzwischen verhandeln die Parteien des Reichstages unter sich über die Haltung, die sie zu den Forderungen der Beamten einzunehmen haben werden. Die heutigen Verhandlungen des Parlaments werden zeigen, ob die von unserer Fraktion für die Beamten erhobenen Forderungen das nötige Verständnis bei Regierung und Parlament finden.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellter-Gewerkschaften, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorläufer

Milch für die Schweine

In dem Massensterben der deutschen Stadtkinder haben die Bauern nicht den letzten Anteil. Sie kommen ihren sicher nicht hochbemessenen Lieferungsverpflichtungen einfach nicht nach und geben die Milch lieber den Schweinen als den hungernden Stadtkindern. Das ist tatsächlich in Inglingen, einem bei Vörrach in Baden gelegenen Dorfe, geschehen. Statt 210 Liter lieferte die Gemeinde insgesamt nur noch 40 Liter ab. Die Arbeiterchaft war darüber allgemein sehr aufgeregt und der Vörracher Staatsanwaltschaft erstieg eine Anklage, daß er gemeinsam mit dem Gewerkschaftsleiter gegen die Ernährungsbehörde vorgehen werde. Darüber regten sich die Bauern nicht wenig auf. Sie protestierten gegen diese Anklage und legten sich offenbar durch, denn auf eine Beschwerde des badischen Bauernverbandes wurde von der Staatsanwaltschaft Vörrach mitgeteilt, daß es sich um einen „bäuerlichen Mißgriff eines Urlaubverwalters“ handele.

Frankreichs Opfer im Weltkrieg. Die „Humanität“ bringt in einer ihrer letzten Nummern eine Uebersicht der Bevölkerungsverhältnisse Frankreichs vor und nach dem Weltkrieg. Demnach ist die Bevölkerung Frankreichs ohne Berücksichtigung Elend-Lothringens von 38 Millionen im Jahre 1913 auf 36,3 Millionen Menschen im Jahre 1920 zurückgegangen. Der Einfluß, den der Weltkrieg von Frankreich gefordert hat, beträgt also nicht weniger als 1,7 Millionen Menschen. Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum von 74 auf 67 auf jeden Quadratkilometer zurückgegangen. Auch auf die Verteilung der Bevölkerung ist der Krieg nicht ohne Einfluß geblieben, denn während die ländliche Bevölkerung noch vor dem Kriege 85 Prozent betrug, ist sie 1920 auf 80 Prozent zurückgegangen.

der Siegerwald) angeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstag folgende Mindestforderungen überreicht:

Allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages für sämtliche Beamte, besondere Fürsorge für die linderreichen Familien, besondere Fürsorge für die Beamten in den Industriebezirken Rheinlands, Westfalens, Sachsens und Oberschlesiens, sofortige Intraffizierung des neuen Oris-Klassenverzeichnisses in der Weise, daß einsteuften für die Orte über 10 000 Einwohner die neue Einteilung finanziell rückwärts gemacht wird, Auszahlung der Beträge noch vor Weihnacht, Beibehaltung der Betriebszulage und Kenderung des Paragraphen 26 des Besoldungsgesetzes in der vom Reichsgewaltamt vorgeschriebenen Weise.

Der Gesamtverband verweist auf den Ernst der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche.

Protest gegen Giesberts

Gegen die Verfügung des Postministers zum Streik der Beamten haben die beteiligten Berliner Organisationen eine Protesterklärung abgegeben. Nach Feststellung der durch die Beordnung des Postministers, die ebenfalls das Streikrecht der Beamten ausübt, entstandenen Sachverhalte, heißt es in der Erklärung:

„Trifft dieser Erlass der Verfügung zu, sind die hier unterfertigten Arbeitnehmerorganisationen gezwungen, an den Herrn Reichspostminister die weitere Frage zu richten: warum ist mit den Führern dieser Organisationen der Beamten- und Lohnangestellten nicht vor dem Erlass in einer gemeinsamen Sitzung Stellung genommen worden, um zu einer Klärung zu kommen.“

Es wird ferner befohlen, daß den hier in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen der Beamten- und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bis zum heutigen Tage keine Abschrift von dem Erlass zugesandt werden ist. Die hier unterfertigten Arbeitnehmerorganisationen der Beamten- und Lohnangestellten

erheben ganz entschieden Protest gegen ein derartiges Vorgehen und wagen zu behaupten, daß dies einen Vorstoß gegen das Konstitutionsrecht und Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen der Beamten und Lohnangestellten des Betriebes der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bedeutet.

Einmütig bringen wir durch eigenhändige Unterschrift für die hier in Frage kommenden Organisationen zum Ausdruck: wird den mit Recht erhobenen Forderungen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nicht Rechnung getragen, sehen wir uns gezwungen, von dem uns zustehenden Streikrecht auch gegen den Erlass dieser Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.

Wir sehen einer sofortigen kritischen Antwort auf unseren Protest entgegen.“

Die Erklärung ist unterzeichnet von folgenden Organisationen: Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten (Sitz Berlin), Deutscher Eisenbahnerverband (Sitz Berlin), Vdt. Post-Verband deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker (Sitz Bochum), Verband des bürgerlichen Post- und Telegraphenpersonals.

Verlorenes Hege

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben. Unter der Ueberschrift „Streikliche unter den Eisenbahnern“ bringt das „Uhr-Abendblatt“ vom Mittwoch (nach der von uns bereits erwähnten Lokalkorrespondenz D. Red.) einen sensationell aufgemachten Artikel über Forderungen der Eisenbahner-Organisationen. Es wird darin gesagt, daß die Verbände sich in den Forderungen überboten. Weiter wird behauptet, daß in einer Eisenbahner-Versammlung in Halle der Reichstagsabgeordnete Koker mißhandelt worden und eine Entschädigung angenommen worden sei, in der es heißt, daß der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes bis spätestens 1. Januar hinweggeföhrt werden müsse. Die Darstellung des „Uhr-Abendblattes“, die in so großem Gegenstand zu den Tatsachen steht, ist geeignet, die unlesbar vorhandene große Erregung unter den Eisenbahnern ganz erheblich zu steigern. Wir wollen darum fest, daß eine einseitige Forderung sämtlicher Eisenbahner-Organisationen, soweit sie Karlsruherbedenken sind, vorliegt und daß über diese Forderungen seltener nachmittags mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth und dem Reichsverkehrsminister Dr. Gröner verhandelt worden ist. Die Verhandlungen sind allerdings noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie sollen fortgesetzt werden, wenn der Reichstag die Vorlage über die Erhöhung der Beamtenbezüge verabschiedet hat. Das wird heute der Fall sein.

Im übrigen sei noch festgestellt, daß weder der Abgeordnete Koker in einer Versammlung in Halle mißhandelt worden ist, noch eine Entschädigung in dem mitgeteilten Sinne geföhrt wurde. Die Entschädigung, auf die das „Uhr-Abendblatt“ Bezug nimmt, enthielt in Wirklichkeit folgenden Satz: „Wir fordern deshalb den Hauptvorstand auf, diesen Beschluß zu revidieren und in Zukunft derartige gewerkschaftsverfälschende Tätigkeiten zu unterlassen.“ Die Entschädigung nimmt Bezug auf einen Zufuß des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes in dem auf die Gefahr der Gewerkschaftsverfälschung durch die 6. Internationale hingewiesen wird. Mit der gegenwärtigen Bewegung hat sie nichts zu tun.

Kongress für Säuglingschutz

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben:
Am 3. und 4. Dezember tagte im ehemaligen Herrenhaus der deutsche Kongress für Säuglingschutz. In der Eröffnungssitzung wies Geheimrat Bumm, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, auf die ungenügende Milchversorgung unserer Kinder hin. Leider klang die Rede ins Nationalistische aus, als die Forderung der Entente auf Auslieferung der 800 000 Rindkühe als schwere Bedrohung unserer Kinder an den Pranger gestellt wurde. Die viel wesentlichere Schädigung unserer Milchversorgung durch ungenügende Fütterung der Milchproduzenten und durch ihre neuen Preisforderungen wurde dagegen nicht scharf genug geahndet.

In einem vorzüglichen Referat über „Wandlungen und neue Ziele der Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“ wies Professor Katt. Berlin darauf hin, daß dank der kommunalen Verwaltung die offene Fürsorge (Beratungsstellen und dergl.) nur wenig von dem wirtschaftlichen Niedergang betroffen wurde. Im Gegensatz dazu steht die geschlossene Fürsorge (Mutterheime, Säuglingsheime und dergl.), die ihre wirtschaftliche Grundlage vor allem in der privaten Wohltätigkeit hat, vor dem Zusammenbruch. Es zeigt sich auch hier — was wir Sozialisten stets betont haben — daß soziale Notwendigkeiten nicht von milden Gaben abhängig sein dürfen. Zwei Drittel aller Kinder sind nach Katt's statistischen Berechnungen für die Fürsorge bedürftig. In den gut geleiteten Fürsorgestellen zeigt sich auch, daß heute schon 60 bis 70 Prozent aller Säuglinge des Bezirks der Fürsorge zugeführt werden. Manche Mütter bringen zu unbedingter Freude ihr Kind in die Beratungsstellen, obwohl das Kind dort unbedingte Bedürfnisse hat, während gerade in den bedürftigsten Kreisen des Proletariats unsere Fürsorgeeinrichtungen mit Unverständnis und bewußter Zurückweisung zu kämpfen haben. Hier aufklärend zu wirken, dürfte meines Erachtens eine lohnende Aufgabe der Arbeiterpresse sein.

Außer einer Reihe von Forderungen, die die Technik der Fürsorge betreffen, stellte Katt als neue Ziele auf: den Ausbau der Säuglingsfürsorge zur Kleinkinderfürsorge, der erst in einigen Schwangerschaften und vor allem die Ausdehnung der Fürsorge auf das gesunde Kind. Bisher durften bestimmungsgemäß nur gesunde Kinder beraten, also vorbeugende Ratschläge erteilt werden; das kranke Kind mußte einem Privatarzt oder einem Spezialist überwiesen werden. Will man nicht die Behandlung für alle Krankheiten in der Fürsorge zulassen, so muß man mindestens die Behandlung der großen Volkskrankheiten: Rachitis (englische Krankheit), Tuberkulose und angeborene Syphilis in den Bereich der Fürsorgeeinrichtungen einbeziehen.

Wie notwendig diese Fürsorge ist, zeigt Professor Wilson'sches Korrosivum. Die Hälfte aller gestorbenen Kinder im Baden ist nach seiner Statistik ohne ärztliche Behandlung gewesen. Dr. Fischer setzte sich für die obligatorische Familienärztliche Versorgung mit Wärme ein. Nach ihrer Einführung sei die sofortige Inanspruchnahme des Arztes bei einer Erkrankung des Kindes zu erwarten, während bisher die Mütter oft genug aus Scheu vor den Arztkosten ihre Lieblinge zu spät oder gar nicht zum Arzt brachten und deshalb leiden mußten, wie sie zugrunde gingen.

Die Ausführungen des Professors Katt wurden durch die Referate Professor Engels über die Bekämpfung der Rachitis, Dr. Langens über die Bekämpfung der Tuberkulose, Dr. Rietzsch über die Bekämpfung der angeborenen Syphilis ergänzt. Sie werden hoffentlich dazu beitragen, daß bald die Bekämpfung dieser drei großen Volkskrankheiten in den Fürsorgeeinrichtungen der ganzen Reichs gebürt und daß der Fürsorgearzt nicht mehr durch keine Anweisungen gezwungen wird, die Mütter erkrankter Kinder an einen Privatarzt zu weisen, obgleich er die wirtschaftliche Unmöglichkeit zur Ausführung solcher Ratschläge.

Für den Wiederaufbau der Milchversorgung, dessen Notwendigkeit Geheimrat Bumm in seinem Referat schon betont hatte, machte Dr. Hoffa praktische Vorschläge. Hoffa trat für eine kommunale, genossenschaftliche oder genossenschaftliche Bewirtschaftung der Milchversorgung ein, Grundsätze, die durch aus im sozialistischen Sinne liegen. Er warnte eindringlich vor einer Aufhebung der Zwangsverwaltung in der Milchversorgung, da hiervon eine Katastrophe zu befürchten sei.

Auf die Notwendigkeit einer Gesundheitsstatistik, deren Fehlen sich unangenehm bemerkbar gemacht hat, und einer einheitlichen Methodik bei solchen Untersuchungen wies Dr. Zundreich hin. Dankenswerte Vorschläge zur Verbesserung unserer Statistik machte Dr. Riessl. Von den letzten Referaten abzusehen, hand der erste Sitzungstag im Zeichen der Forderung: Fürsorge für das Kind ohne Sicherstellung der Behandlung in

kranken Tagen genügt uns nicht; sorgt für die Sicherstellung der Behandlung!

Am zweiten Sitzungstage hielt Professor Schahmann, Düsseldorf ein ausführliches Referat über das neue Jugend-Bohnenfabrikgesetz, das zur Zeit von den geschäftlichen Instanzen beraten wird. Wir bedürfen dringend eines Schutzes unserer Jugend. Erinnerung sei nur an die nötige Aufsicht über Halbfrauen, über private Säuglingsheime und dergl. Das neue Gesetz fand im ganzen den Beifall des Referenten, wenn er auch an Einzelheiten zahlreiche Ausstellungen machte. Leider scheint man Fachleute wie Schahmann bei der Feststellung des Entwurfs wenig gehört zu haben. Mehrere Änderungen müssen noch unbedingt durchgeführt werden. Den Abgeordneten, die im Ausschuss sitzen, ist das Referat Schahmanns zur Information dringend ans Herz zu legen, um auf dieser Grundlage für ein wirklich brauchbares Gesetz zum Schutz unserer Jugend zu sorgen. Schahmann bezeichnete es als einen großen Fehler, daß die Kosten zur Durchführung des Gesetzes zu einem Drittel den Ländern auferlegt werden sollen, während über die Ausbringung der anderen zwei Drittel nichts gesagt sei. Das Reich sei nach seiner Ansicht allein imstande, die Gelder zu geben, da es den Ländern und Kommunen die Steuerhoheit genommen habe. Schahmann schätzte den Betrag, der nötig sei, um etwas wirklich Brauchbares zu schaffen, auf eine halbe Milliarde. (Wir müssen die Frage aufwerfen: Ist diese Summe nicht am Heeres- und Marineetat zu kürzen? Was ist wichtiger, Kanonen und Pferde und ein Kriegsschiff oder der Schutz und die Pflege unserer Kinder?)

Die Diskussion brachte dankenswerte Anregungen. Die Beteiligung am Kongress war lebhaft, das Parteilose des großen Sitzungssaales des Herrenhauses war von Ärzten, Fürsorgefachweibern und anderen interessierten und tätigen Personen bis zum letzten Platz gefüllt. Wir wollen hoffen, daß Senatsbeschlüsse aus der Saat entspringen und daß der nächste Kongress über politische Erreichte an die Lösung neuer Aufgaben herangehen kann.

Aus der Wirtschaft

Fleischfreigabe und Unterhaltskosten

Die Freigabe des Fleisches, die am 1. Oktober erfolgte, hat ein neuerliches Steigen der Kosten des Ernährungsbedarfes zur Folge gehabt. Nach Professor Silbergleits Berechnungen sind die in Groß-Berlin von 57 M. wöchentlich für einen Mann allein im September auf 60 M. im Oktober gestiegen. Für ein kinderloses Ehepaar stiegen die wöchentlichen Ernährungs-kosten von 98 auf 102 M., für ein Ehepaar mit einem Kind zwischen 7 und 12 Jahren von 117 M. auf 126 M.

Kuzynski gelangt in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ zu folgenden Ausgaben im Oktober pro Woche:

für	Mann		Ehepaar	
	allein	allein	mit 2 Kindern	mit 2 Kindern
Ernährung	56 M.	98 M.	187 M.	187 M.
Wohnung	9	9	9	9
Beheizung und Beleuchtung	23	22	22	22
Bekleidung	30	50	70	70
Sonstiges	39	58	78	78
Summe	155 M.	232 M.	317 M.	317 M.
Im September betrug die Ausgaben	145	216	298	298

Paß schlägt sich, Paß verträgt sich

Wir haben in unserer Abendausgabe vom 2. und in der Morgenausgabe vom 3. November über interessante Vorgänge in der Währungsabteilung Orenstein u. Koppel A.-G. berichtet. Die Verwaltung dieser Gesellschaft hatte in die bürgerlichen Blätter die Nachricht lanciert, daß von einer bestimmten Seite — gemeint war die Kölner Eisenhandelsfirma Otto Wolff — Aktien der Gesellschaft in solchem Werte aufgekauft wurden, daß die Gefahr einer „Ueberfremdung“ vorliege. Unmittelbar darauf rückte die Verwaltung mit dem Antrage heraus, 8 Mill. M. Vorzugsaktien mit sechsstimmigem Stimmrecht auszugeben, die ihr die Beherrschung der Gesellschaft dauernd sichern würden.

Dem Antrage der Verwaltung folgte ein scharfes Pressegeplänkel, mit einer opponierenden Gruppe, in dessen Verlauf sich herausstellte, daß die Gefahr einer Ueberfremdung gar nicht vorliege, sondern daß nur etwa 5 Mill. M. Aktien von im ganzen 60 Mill. M. von einer Spekulationsfirma aufgekauft worden seien, auch diese nicht im Auftrage der Firma Wolff, und schließlich daß

die Gesellschaft mit eben derselben Firma Wolff in Verhandlungen über den Abschluß einer Interessengemeinschaft gestanden habe. Es handelte sich also offenbar um ein Manöver der Verwaltung der Orenstein u. Koppel A.-G., um bei den Verhandlungen mit Wolff eine möglichst günstige Position zu gewinnen.

In der Generalversammlung am 22. 11., die über den Antrag der Verwaltung zu entscheiden hatte, war die Verwaltungsgruppe mit 26,7 Mill. M. vertreten, also fast der Hälfte des 60 Mill. M. betragenden Aktienkapitals, die Opposition mit 10,2 Mill. M. Aktien, von denen sich zur allgemeinen Ueberfremdung etwa 3 Mill. M. im Besitz der Firma Wolff befinden. Noch größer war die Ueberfremdung, als die Verwaltung die Erklärung abgab, daß die Verhandlungen mit Wolff fortgesetzt würden und ein günstiges Ergebnis verprochen. Dementprechend protestierte der Vertreter der Firma Wolff nur sehr vorförmlich gegen den Antrag der Verwaltung, der natürlich angenommen wurde.

Und in einigen Tagen werden sich beide Gruppen, die sich jetzt noch in den Daaren liegen, in den Armen liegen und ein Schuh- und Trübsündnis schließen zur gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiter und Verbraucher. Für die Arbeiter aber sind die Vorgänge eine lehrreiches Beispiel dafür, mit welchen Mitteln die Kapitalkonzentrationen zustande kommen, die unserem heutigen Wirtschafts- und politischen Leben immer mehr ihr edles Gepräge aufdrücken.

Groß-Berlin

Zum Mordprozeß Wendelstadt

Der Prozeß gegen den des Baimordes angeklagten Wendelstadt wurde gestern fortgesetzt.

Kriminalkommissar Gebride berichtete über die Verdachtsmomente, die die Polizei gegen Wendelstadt hatte. Tatsächlich konnte der Zeuge nicht betunden. Man sei erst auf den Angeklagten gekommen, nachdem alle anderen Wege vergeblich waren und nach Lage der Sache nur ein mit den Verhältnissen genau Vertrauter der Täter sein konnte.

Kriminalwachtmeister Schmidt schilderte die Ergebnisse der Durchsuchung der Wohnung und welche Gründe ihn dazu gebracht hätten, den Verdacht auf den Angeklagten zu lenken. Dem Zeugen ist zuerst die Krawatte an der Nase des Angeklagten aufgefallen, er machte sich jedoch keine besonderen Gedanken darüber. Das Aufschließen für ihn war, daß der Hund, der ihn selbst beim Betreten der Wohnung sofort anläufte, sich völlig ruhig verhalten haben sollte, wenn an dem Abend ein Fremder in der Wohnung gewesen sein sollte. Hieraus habe er den Schluß gezogen, daß der Täter unter den Bekannten des Hauses zu suchen sei. Hinzugekommen sei, daß die beiden Geheimnisse des Schreibstellers gefestigt gewesen seien. Auf Vorhalt des Staatsanwalts erklärte der Zeuge, daß er bei einem Besuche, den ihm der Angeklagte gemacht, es für ganz unerklärlich erachtet habe, daß ein Sohn, noch dazu ein Offizier, so wenig Entrüstung über das furchtbare Schicksal seines Vaters bezeugte habe.

Zeuge Kommerzienrat Hamann (Wiesbaden), einer der intimsten Freunde des Ermordeten von Jugend an, schilderte diesen als überaus tüchtigen Kaufmann, der sich aus kleinen Verhältnissen emporgearbeitet habe. Wichtig sei es, daß er Verkehr mit Damen, aber nicht mit mehreren gleichzeitig, sondern immer nur mit einer auf längere Dauer hatte. Ganz ausgeschlossen sei es, daß er homosexuelle Neigungen hatte. Er sei seinen Kindern gegenüber etwas hart und rau gewesen; auf der anderen Seite habe er aber seine Kinder unendlich lieb gehabt. Auf den Sohn sei er zuletzt, als dieser im Felde zum Offizier befördert worden war, sehr stolz gewesen.

In der Nachmittagsitzung besuchte sich das Gericht zunächst mit den Expresstriefen, die der alte Herr Wendelstadt seinerzeit erhalten hatte.

Wie der Kriminalwachtmeister Reinhardt hierzu befandete, hatte er Ermittlungen in dieser Angelegenheit zu machen. Ein gewisser Bellmann war beschuldigt worden, einen Expresstrief an Wendelstadt zu haben und in ihm eine Briefung verfaßt zu haben. Die Ermittlungen gegen ihn ergaben jedoch, daß Bellmann nicht der Verfasser des mit roter Tinte geschriebenen Briefes sein konnte. Auf eine Frage des Justizrats Werthauer befandete der Zeuge, daß dieser Bellmann Postmeister bei einer Möbeltransportfirma gewesen sei.

Hierbei wurden die medizinischen Sachverständigen vernommen. Der von der Verteidigung geladene Dr. Borchheim war lange Jahre Hausarzt bei dem Ermordeten und kannte auch seinen Sohn. Dieser ist nach seiner Ansicht infolge Verwundungen im Felde stark nervös. Ob er aber an Anfällen leidet, wie der An-

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Ich sehe den Mann an und frage:
Was sind das für Karrensposten? Von wem ist der Brief?

„Weiß ich nicht,“ entgegnete er, „eine Dame hat ihn mir gegeben.“

Ich stand still. Der Dienstmann ging. Ich stehe den Schein wieder ins Aueret, knittre das Ganze tüchtig zusammen, lehre um und trete an die Wirtin heran, die mir noch immer nachsieht. Ich werfe ihr das Papier ins Gesicht. Sonst sagte ich nichts, nicht eine Silbe; ich beobachte nur, daß sie das zerknütterte Papier untersuchte, bevor ich ging.

Da, das hieß sich im Leben ehrenhaft aufzuführen! Nichts sagen, nicht zum Paß sprechen, sondern ganz ruhig einen großen Geldschein zerknüttern und ihn den Verfolgern ins Gesicht werfen. Das hieß mit Würde aufzutreten! So mußte man mit ihnen umgehen, diesen Bestien!

Als ich an die Ecke der Lomtegade und des Eisenbahnplatzes gekommen war, ging die Straße plötzlich mit mir im Kreise herum, und ich taumelte gegen eine Hausmauer. Ich konnte einfach nicht mehr gehen, konnte mich nicht mehr aus meiner gebückten Stellung aufrichten; so wie ich gegen die Mauer gefallen war, blieb ich stehen und fühlte, wie mir das Bewußtsein schwand. Meine wahnsinnige Wut stieg noch durch diesen Anfall von Ermattung, und ich hob den Fuß und stampfte aufs Trottoir. Ich tat auch noch verschiedenes anders, um zu Kräften zu kommen, bis die Zähne zusammen, runzelte die Stirn, rollte die Augen — und das half. Meine Gedanken wurden klar, und ich begriff, daß dies der Anfang des Bergehens sei. Ich streckte meine Hände aus und stieß mich von der Mauer zurück; die Straße ging noch immer im Kreise mit mir. Vor Wut begann ich zu schluden; aus innerster Seele kämpfte ich gegen mein Elend und hielt tapfer Stand, um nicht umzufallen; ich wollte nicht zusammensinken, sondern stehend herben. Ein Arbeitsstarren rollt langsam vorüber, und ich sehe, daß die Kartoffeln auf dem Karren liegen; aber aus Kalerei, aus Halsstarrigkeit fällt es mir ein, zu sagen, es seien keine Kartoffeln, sondern Kohlköpfe; ich fluchte gar grausam, es seien Kohlköpfe. Ich hörte wohl, was ich selbst sagte, und schwur unaufhörlich auf diese Lüge, nur um die verzweifelte Befriedigung zu haben, daß ich großen Reichtum besahe. Ich berauschte mich an dieser beispiellosen Sünde, streckte drei Finger empor und schwur mit bebenden Lippen, daß es Kohlköpfe seien.

Die Zeit verging. Ich ließ mich auf eine Treppenstufe niedergleiten und trocknete mir den Schweiß von Stirn und Hals, hielt den Atem an und zwang mich zur Ruhe. Die Sonne sank, es war Nachmittag. Ich begann wieder über meine Stellung zu grübeln; mein Hunger wurde unverschämter, und in ein paar Stunden war es wieder Nacht; es galt Rat zu schaffen, so lange es noch Zeit war. Meine Gedanken kreisten von neuem um das Kosthaus, aus dem man mich verjagt hatte; ich wollte durchaus nicht dorthin zurückkehren, konnte aber dennoch nicht umhin, daran zu denken. Eigentümlich war es das gute Recht der Frau gewesen, mich hinauszumwerfen. Wie durfte ich erwarten, bei jemand wohnen zu können, wenn ich nicht bezahlte? Sie hatte mir obendrein noch dann und wann zu essen gegeben; sogar noch gestern Abend, als ich sie geärgert, hatte sie mir Butterbrot angeboten, aus Gütmütigkeit hatte sie es mir angeboten, weil sie wußte, daß ich der Speise bedurfte. Ich konnte mich also nicht beklagen, und begann ihr im Stillen Abbitte für mein Betragen zu leisten. Besonders bereute ich bitter, daß ich mich zuletzt noch undankbar gegen sie gezeigt und ihr den Zehntronenschein ins Gesicht geworfen hatte.

Der Zehntronenschein! Ich klich einen leisen Pfiff aus. Woher kam der Brief den der Bote brachte? Erst in diesem Augenblick dachte ich klar darüber nach und ahnte plötzlich, wie das Ganze zusammenhing. Ich wurde krank vor Schmerz und Scham, flüsterte viele Male mit heiserer Stimme „Majaki“ und schüttelte den Kopf. War ich es, der erst gestern beschlossen, stolz an ihr vorüberzugehen, wenn sie mir begegnete, und ihr die größte Gleichgültigkeit zu zeigen? Und statt dessen hatte ich nur ihr Mitleid erweckt und ihr ein Darmberzögerungsopfer entlockt. Nein, nein, nein, meine Erniedrigung nahm kein Ende! Nicht einmal ihr gegenüber konnte ich eine anständige Stellung einnehmen; ich sank, sank nach allen Seiten, wohin ich mich wandte, sank bis an die Knie, bis an die Brust, tauchte unter in Ehrlosigkeit und kam nie, nie wieder empor! Das war der Gipfelpunkt! Zehn Kronen als Almosen anzunehmen, ohne sie dem heimlichen Geber zurückzugeben zu können, armselige Heller mit beiden Händen zusammensuraffen, wo sie sich boten, sie behalten, sein Logis damit zu bezahlen, trotz des innersten Widerwillens.

Konnte ich diese zehn Kronen denn nicht auf irgendeine Weise wieder herbeischaffen? Zur Wirtin gehen und das Geld zurückverlangen — das würde wohl nichts nützen. Aber es mußte sich doch auch noch ein anderer Ausweg finden, wenn ich überlegte, wenn ich mich nur ordentlich anstrengte und überlegte. Bei Gott, hier genügte es nicht, auf

gewöhnliche Weise zu überlegen, ich mußte nachdenken, so daß es meinen ganzen Menschen angriff, um die zehn Kronen wieder herbeizuschaffen. Ich setzte mich also, um zu überlegen.

Es mochte gegen vier Uhr sein; in ein paar Stunden hätte ich vielleicht den Theaterdirektor treffen können, wenn nur mein Drama fertig gewesen wäre. Ich ziehe das Manuskript hervor und will mit aller Macht und Gewalt die drei letzten Szenen fertig machen; ich denke und schreibe und lese noch einmal von Anfang an, komme aber nicht weiter. Nur keinen Unfuh! sage ich, nur hier keine Halsstarrigkeit! Und ich schreibe drauf los an meinem Drama, schreibe alles nieder, was mir einfällt, nur um schnell fertig zu werden und komme weiter. Ich wollte mir eintreden, daß abermals ein großer Augenblick für mich gekommen, ich zog mich voll, betrog mich offenbar und schrieb drauf los, als ob ich gar nicht nach Worten zu suchen brauchte. Das ist gut! Das ist wirklich ein Fund! stüßerte ich von Zeit zu Zeit; das schreib nur hin!

Schließlich kommen meine letzten Repliken mit verdächtig vor; sie stehen so sehr gegen die Repliken in den ersten Szenen ab, außerdem lag durchaus kein Mittelalter in den Worten des Mädchens. Ich zerbeiße meinen Bleistift, springe auf, reiße mein Manuskript entzwei, zerreiße jedes Blatt, werfe meinen Hut auf die Straße und zertrete ihn. „4 bin verloren! flüsterte ich, meine Herren und Damen, ich bin verloren! Ich sage nur diese Worte und stehe noch immer und zertrete meinen Hut.

Ein paar Schritte weiter fort steht ein Polizeibediener und beobachtet mich; er steht mitten auf der Straße und hat nur mich im Auge. Als ich aufsehe, begegnen sich unsere Blicke, er stand vielleicht schon lange dort und sah nur mich an. Ich nehme meinen Hut, setze ihn wieder auf und trete an den Mann heran.

„Können Sie mir sagen, wie spät es ist?“ frage ich. Er zögert einen Moment, bevor er seine Uhr herauszieht und läßt mich inzwischen nicht aus den Augen.

„Gegen vier,“ sagt er.

„Aktuat!“ sage ich, „gegen vier, ganz richtig, Sie verstehen Ihre Sache, wie ich sehe, und ich werde an Sie denken.“

Damit ging ich. Keuchend verblüfft über mich klieb er stehen, sah mich mit offenem Munde nach und hielt die Uhr noch immer in der Hand. Als ich vorm Royal angekommen war, lehnte ich mich um und blüete zurück; er stand noch immer in derselben Stellung und sah mich nach.

(Fortsetzung folgt.)

